„Wann wir schreiten Seit‘ an Seit ...“
Arbeiterbewegung und Klimagerechtigkeitsbewegung

Eine Provokation von Bruno Kern

Nicht der Kapitalismus war die treibende Kraft unseres Drängens zu den Weltmärkten, sondern der deutsche Arbeiter. Nicht der deutsche Materialismus war der Urheber der politischen Spannung, die sich jetzt im Krieg entlud, sondern die 20 Millionen Deutsche, die von der Arbeit ihrer Hände leben mussten. (August Winnig, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, 1915)

In seinem *Vorwort zur Kritik der Hegel’schen Rechtsphilosophie* hat Karl Marx das revolutionäre Subjekt, das heißt den sozialen Träger der gesellschaftlichen Transformation, klar identifiziert: das Industrieproletariat (das übrigens damals, das heißt 1843, außer vielleicht in England, noch recht schwach entwickelt war; der Großteil der „Arbeiter“ waren traditionelle Handwerker). Es sei jene Klasse, die sich nur selbst befreien kann, indem sie die Gesellschaft insgesamt umwälzt. Ihr unmittelbares materielles Interesse falle also zusammen mit dem Interesse an der gesellschaftlichen Transformation insgesamt. Traditionsverhaftete „Linke“ neigen dazu, an dieser Koinzidenz der Interessen festzuhalten, auch wenn das für die reichen Industrieländer längst schon nicht mehr stimmt. Der Antagonismus des kapitalistischen Produktionssystems wird nicht an der Situation der „Ausbeutung“ der abhängig Beschäftigten in den Industrieländern sichtbar, nicht ihre „Verelendung“ könnte zum Motiv revolutionären Handelns werden, im Gegenteil: Die meisten von uns genießen die Wohltaten, die dieses System für uns bereithält, abgesehen vielleicht von einem Prekariat, das auch von Gewerkschaften notorisch vernachlässigt wird, empfindet niemand dieses System als so unerträglich, dass er aufbegehren mag, und der Großteil der abhängig Beschäftigten hat mehr zu verlieren als seine Ketten, nämlich das Reihenhaus, den Zweitwagen, die regelmäßigen Urlaubsreisen ... Seine hässliche Fratze zeigt der Kapitalismus heutzutage anderswo: in der Überausbeutung und Zerstörung der grundlegenden Existenzbedingungen im globalen Süden und in der Zerstörung der Natur insgesamt. Die abhängig Beschäftigten hierzulande sind eingebunden in dieses globale Regime der einseitigen Ressourcenaneignung und profitieren kräftig davon – wenn auch in geringerem Maße als die Eliten. ***Das „Ausbeutungsverhältnis“ von Kapital und Arbeit ist in den Industrieländern um ein Vielfaches überkompensiert von der einseitigen globalen Aneignung der Ressourcen.*** „Die ritualisierten Verteilungskämpfe zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verschleiern, dass sich dahinter eine beständige Komplizenschaft in der Aneignung von Zuwächsen verbirgt, die aus gesteigerter Ressourcenaneignung resultieren.“ (Niko Paech) In Deutschland wurde seit den Fünfzigerjahren das Wachstumsmodell mit dem politischen Modell der Sozialpartnerschaft verbunden. Die geringeren Profitraten des Kapitals wurden durch eine neue internationale Arbeitsteilung, das heißt durch die billige und jederzeit mobilisierbare Arbeitskraft im globalen Süden kompensiert. Vor diesem Hintergrund ist es klar, dass in der Nachkriegszeit in den Industrieländern keine revolutionäre Situation entstehen konnte. Vor allem in den Siebzigerjahren hat das breite Spektrum einer revolutionären Linken fast schon verzweifelt mit der Frage gerungen, wer in den spätkapitalistischen Gesellschaften nun den frei gewordenen Platz des revolutionären Subjekts einnehmen könnte bzw. welche Strategien der gesellschaftlichen Umwälzung es in dieser Situation überhaupt noch gebe. Und man hat die subjektive Seite, die Disposition und psychische Zurichtung der Individuen reflektiert. Zu erinnern wäre hier an Herbert Marcuse („große Weigerung“) und die Frankfurter Schule insgesamt, zu erinnern wäre auch an Pier Paolo Pasolinis These vom Konsumismus als Faschismus, etc. Viele haben ihre revolutionären Hoffnungen deshalb in die Länder der Peripherie hineinverlegt. ... Eigenartigerweise scheint diese jahrzehntelange Diskussion bei der

heutigen traditionalistischen Linken völlig in Vergessenheit geraten zu sein. Man klammert all diese veränderten Bedingungen aus und redet sich weiter munter eine Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt herbei.

In den spätkapitalistischen Industrieländern sind deshalb *die Gewerkschaften zu einem der wichtigsten systemstabilisierenden Faktoren geworden.* Das Interesse der Arbeiterklasse *als solcher* (die ja aus Menschen besteht, die über ihren Ort im Produktionsprozess hinaus auch der ethischen Einsicht fähige Wesen, Eltern, usw. sind) kann das System nicht sprengen. Sie identifiziert sich weitgehend mit dem, wovon sie in erheblichem Maß profitiert. Für mich bedeutet das: Eine Option für eine sozialistische Wirtschaftsordnung (die ich für unabdingbar halte) muss sich heute in den Industrieländern als ***ethisches Projekt*** begreifen. Sie kann nicht mehr auf den Gleichklang der unmittelbaren materiellen Interessen der abhängig Beschäftigten mit der Notwendigkeit der Beseitigung eines naturzerstörenden Produktionssystems setzen. Wir werden auf eine kritische Masse von Menschen angewiesen sein, die bereit und in der Lage sind, auch gegen ihre eigenen unmittelbaren Interessen zu agieren. Hierzulande ist die Hoffnung darauf zu setzen, ***dass sich ein genügend großer Teil der Klimagerechtigkeitsbewegung radikalisiert*** (im Sinne von „Ende Gelände", „Extinction Rebellion", etc.), um die Politik wirksam unter Druck setzen zu können. Die Koinzidenz von unmittelbaren materiellen Interessen und dem Interesse am Kampf zur Erhaltung unserer Lebensgrundlagen ist dagegen vielfach im *globalen Süden* gegeben, etwa bei unmittelbar vom Extraktivismus bedrohten Bevölkerungsgruppen, bei von den Folgen des Klimawandels betroffenen Kleinbauern, usw. Sie und ihre Organisationen sollten als Bündnispartner nicht unterschätzt werden.

Das heißt aber auch: Die zentralen analytischen Kategorien zur adäquaten Erfassung unserer Situation sind keine Klassenkategorien (was die sozialen Verwerfungen auch hierzulande nicht negiert), die ***zentrale Kategorie*** ist die ***der imperialen Lebensweise*** (Uli Brand / Markus Wissen), in die wir im globalen Norden allesamt eingebunden sind.

Das eben Beschriebene findet auch empirisch seine Bestätigung. Es ist einfach faktisch so, dass in ökologischen Belangen die Arbeiterorganisationen in der Regel auf der anderen Seite stehen – auf der Seite des naturzerstörenden Produktivismus, und zwar meistens massiv und mit der geballten Kampfkraft einer Arbeiterorganisation. Ob es um die Fortsetzung der Kohleverstromung, weitere Rüstungsexporte, Ablehnung einer Kerosinsteur oder was auch immer geht: Stets waren die Gewerkschaften die größten Bremser – und müssen es ja von ihrem Selbstverständnis und Auftrag her zwangsläufig sein, sind sie doch den *unmittelbaren Interessen* der Beschäftigten verpflichtet. Wenn Gewerkschaften in Ausnahmefällen tatsächlich wichtige ökologische Belange unterstützen, dann handelt es sich in der Regel um Einzelgewerkschaften, deren spezifische Interessen eben nicht tangiert sind (z. B. die – nach langem Kampf der Basis – erfreuliche Positionierung von ver.di gegen den Braunkohletagebau) oder um Einzelfälle einer Koinzidenz besonderer Interessen, die jedoch keineswegs verallgemeinert werden können. Es geht also hier nicht um subjektive Unzulänglichkeiten etwa bestimmter Vorsitzender und sonstiger Protagonisten, sondern um ein *strukturelles Problem*. Und angesichts dieses recht eindeutigen empirischen Befundes ist es legitim, nach dem psychologischen Motiv derer zu fragen, die so vehement und mit dem Anspruch der Ausschließlichkeit auf den Arbeitern als dem entscheidenden, wenn nicht gar einzigen, Subjekt ökologischer Transformation insistieren. So klar kontrafaktische Optionen sind ja erklärungsbedürftig. Liegt es nicht nahe, dass hier die eigenen Ohnmachtsgefühle angesichts der herrschenden Kräfteverhältnisse kompensiert werden? Arbeiter und Arbeiterinnen verfügen immer noch über ein Kampfmittel (den Streik), das sozialen Bewegungen nicht zur Verfügung steht, wenn es auch unter heutigen Produktionsbedingungen nicht mehr so effizient ist wie dereinst. Die Sehnsucht nach solchen wirksamen Druckmitteln lässt eben leicht vergessen, dass diejenigen, die sie in der

Hand haben, ganz andersgelagerte Interessen haben und ihre Schlagkraft im schlimmsten Fall auch gegen die Protagonisten der Klimagerechtigkeitsbewegung einsetzen. Im ganz wörtlichen Sinne haben wir diese „Schlagkraft“ durchaus auch, im Hambacher Forst und anderswo, erfahren.

Wer die Arbeiterorganisationen und Gewerkschaften als das entscheidende Subjekt der ökologischen Transformation postuliert, hat meist nicht verstanden, worin diese ökologische Transformation besteht. Es geht um nicht weniger als den ***raschen und erheblichen Rückbau der Industriegesellschaft*** selbst, die auf der Basis von erneuerbaren Energien und unter dem Anspruch der Emissionsfreiheit keinesfalls Bestand hat. Warum sollte denn ausgerechnet eine Industriegewerkschaft zum Vorreiter der – unvermeidlichen – Deindustrialisierung werden? Selbstverständlich ist die Gesellschaft insgesamt in der Verantwortung, diesen notwendigen Rückbau solidarisch zu gestalten und Wege zu finden, die materielle Existenz der Betroffenen zu sichern. (Unser Genosse Helge Peukert hat hierfür den Aufbau eines öffentlichen sozialökologischen Beschäftigungssektors, finanziert weitgehend mit wachstumsunabhängigem Zentralbankgeld, ein sogenanntes „bedingtes Grundeinkommen“ etc. vorgeschlagen). Aber kann man denn den Betroffenen ernsthaft zumuten, selbst zu den entschiedenen Vorkämpfern dieses Schrumpfungsprozesses zu werden? Auch wenn sich der Wegfall der Arbeitsplätze nicht vermeiden lässt: Warum sollte ausgerechnet der Betroffene das vehement einklagen? Otto Ullrich hat bereits in den Siebzigerjahren skeptisch gefragt: „ Wie soll einem Arbeiter klargemacht werden, dass er auf einem Arbeitsplatz sitzt, der abgebaut werden muss, nicht weil das Kapital damit keine Profite mehr erwirtschaften kann, sondern weil der Betrieb überflüssige, unnütze, die Gesellschaft und die Natur zerstörende Produkte herstellt?“ Ich möchte hier den Verdacht äußern, dass diejenigen, die die Arbeiter als die wichtigsten (sogar einzigen, wie Christian Zeller meint) Protagonisten der ökologischen Transformation betrachten, keine rechte Vorstellung davon haben, worin diese Transformation bestehen muss. Es geht hier keineswegs einfach um „Konversion“, um Umstellung der Produktion, möglichst im selben Umfang, auf andere Produkte. Es geht vielmehr in Deutschland etwa um ein Schrumpfen der Autoproduktion auf ein Zehntel, um ein erhebliches Schrumpfen des Chemiesektors (von Kunststoffen bis Düngemittel), um ein weitgehendes Einschränken der Bautätigkeit, etc. Hic Rhodos, hic salta! Natürlich kommt hier erschwerend hinzu, dass traditionsverhaftete Linke im Sinne des *Manifests der kommunistischen Partei* einen Produktivismus verinnerlicht haben, der für das 19. Jahrhundert vielleicht noch verzeihlich war, im Zeitalter des Anthropozän allerdings sträfliche Naivität darstellt.

Was heißt das nun für das Verhältnis von Klimagerechtigkeits- und Arbeiterbewegung? Wo ist Unterstützung sinnvoll?

Natürlich müssen wir jede Gelegenheit zum Dialog nutzen und die zarten Ansätze in den Arbeitnehmerorganisationen, die meist von oppositionellen Minderheiten ausgehen, unterstützen. Auf höherer Ebene ist derzeit nicht viel möglich. Das lässt sich schon daran ablesen, dass die wenigen in dieser Hinsicht überhaupt Gesprächsfähigen, die eine einigermaßen einflussreiche Position innehaben, eben so rar sind, dass man sie alle kennt. Sie werden wie Trophäen auf den Veranstaltungen der Umweltorganisationen und NGOs wie attac herumgereicht, wie etwa der Kollege Urban (Vorstandsmitglied der IG Metall). Viel ist da eben nicht, nicht mal beim DGB. Es ist eine ernüchternde Tatsache: Dialogbemühungen werden vor allem das Ziel verfolgen müssen, dass der Widerstand gegen eine ökologische Transformation vonseiten der Arbeitnehmerorganisationen weniger heftig und rabiat ausfällt, als man leider befürchten muss.

Die erste Voraussetzung eines ehrlichen Umgangs ist aber, dass wir die ***ökologische Wahrheit*** in ihrem ganzen Umfang ***nicht verschweigen***, dass wir keine Abstriche vom ökologisch Notwendigen (das ja bekanntlich nicht verhandelbar ist) machen, um den Dialogpartner zu gewinnen. Das wäre der alte Fehler, den die Sozialdemokratie mit ihrem Versprechen gemacht hat: „Keine Zeche wird

geschlossen.“ Geschadet hat sie damit vor allem denjenigen, denen sie diese unhaltbare Illusion eingeredet hat. Die ökologische Wahrheit ist unter Umständen hart: Wir müssen den Kollegen in den norddeutschen Werften sagen, dass wir in unserer Situation keine Kreuzfahrtschiffe und kein Kriegsgerät mehr bauen dürfen, vermutlich auch keine Containerschiffe mehr, zumindest aber in wesentlich geringerem Umfang. Wir müssen den Stahlkochern sagen, dass wir von „grünem“ Stahl nur wesentlich weniger als die bisherige Menge erzeugen können ... Wer das verschweigt, macht sich nicht zuletzt an denen schuldig, die er schonen will.

Zur ökologischen Wahrheit gehört auch: ***Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft***, wie wir sie erreichen wollen, ***wird „frugaler“ sein***, sie wird mit insgesamt wesentlich weniger Produkten auskommen müssen, und auch ein großer Teil von Dienstleistungen wird wegfallen. Das heißt aber auch: Wir alle werden ein ***wesentlich geringeres Einkommensniveau*** haben (alles andere kann ja nach dem ökonomischen Einmaleins nur Inflation bedeuten). Und genau aus diesem Grund ist es ***kontraproduktiv, die üblichen Kämpfe um Tariflohnerhöhungen*** zu unterstützen, Das führt uns nicht aus dem System hinaus, es zementiert eben die bestehenden Verhältnisse. Das Schrumpfen auf ein Niveau des stabilen Gleichgewichts verträgt keine Besitzstandswahrung. ***Der Kampf um produktivitätsorientierte Löhne ist schlicht ein Wachstumstreiber***. „Mit der Arbeitsproduktivität steigt auch das mindestens erforderliche Wachstum des BIP, welches nötig ist, um eine bestimmte Anzahl von Arbeitskräften weiterhin beschäftigen zu können.“ (Niko Paech) Der Schrumpfungsprozess ist ohnehin ohne Enteignungen, zumindest ohne massive staatliche Eingriffe, nicht denkbar. Stattdessen einen höheren Anteil der abhängig Beschäftigten an diesem Profit zu fordern, schreibt eben das Bestehende fort.

Arbeitskämpfe von unserer Seite zu unterstützen ist m. E. nur in den Fällen sinnvoll, in denen sie eine *deutliche ökologische Komponente* haben – etwa wenn angesichts einer Rückführung des Produktionsumfangs für Arbeitszeitverkürzung (allerdings mit differenziertem, nicht pauschal vollem, Lohnausgleich: s. oben) gekämpft wird, etwa wenn in bestimmten Bereichen, die für den ökologischen Umbau nötig sind, für eine Vergrößerung der Belegschaft gekämpft wird (bei der Bahn, im ÖPNV, ...), angesichts einer dringend notwendigen Ausbildungsoffensive im traditionellen Handwerk (dringend erforderliche ökologische Maßnahmen wie Gebäudesanierung, Wechseln der Heizungssysteme, etc. stoßen gerade hier auf Kapazitätsgrenzen).

Unabhängig von allen ökologischen Belangen gilt unsere Unterstützung natürlich da, wo es auch hierzulande um unerträgliche Arbeitsbedingungen und Ausbeutungsverhältnisse geht (Leiharbeit), um eine Erhöhung des Mindestlohns, um eine Einschränkung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, um bezahlbaren Wohnraum ... Und natürlich gilt unser Kampf guten sozialen Sicherungssystemen, die mit der Garantie verbunden sind, dass niemand um seine materielle Existenz bangen muss – im Wissen darum, dass in den Industrieländern insgesamt nur eine wesentlich genügsamere Lebensweise zukunftsfähig ist.

Mainz, 19. 9. 2021

Bruno Kern